Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,30 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5-spaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Plätze nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt man keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenaufträge nehmen alle Vermittler entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 45 — 88 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 22. Februar 1929

Steuerärger.

Der gute alte Diogenes, bekannt als philosophischer Tonnenbewohner, hat einmal mit brennender Laterne am hellen Tage einen — Menschen gesucht und finden wollen; die Geschichte vermeldet nicht, ob ihm das geglückt ist. Aber weder ihm noch sonst jemandem wird es, gleichgiltig, ob er am Tage oder bei Nacht sucht, jemals gelingen, einen Menschen zu finden, der seine Steuern gern zahlt. Und wenn man den Gelehrten Glauben schenken soll, so war schon im alten Ägypten und Assyrien die Steuererhebung nur mittels recht drastischer Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. Und diese Erscheinung ist ungefähr das einzig Beständige in der Geschichte der Völker.

*

„Steuerscheu" ist also eine sozusagen allgemein-menschliche Charaktereigenschaft, solange es Staaten gibt, die Geld brauchen. Und immer sind die Staatsverwaltungen der Ansicht, daß jene Steuerscheu keineswegs eine Eigenschaft ist, „die den Menschen zieret", während die Steuerträger in jedem Finanzbeamten so etwas wie ihren natürlichen Feind erblicken, den es mit allen Mitteln besonders dann zu überlisten gilt, wenn die Steuerschraube, um mit Wippchen zu reden, dem Bürger an der Kehle sitzt. Denn dann nähert sich dieses Ringen schon bedenklich einem Existenzkampf gegen — ja, gegen wen? Doch nicht gegen den Steuerbeamten, wenn man sich die Sache etwas überlegt. Wenigstens sollte der Kampf nicht gegen ihn gehen.

*

Der deutsche Staatsbürger ist ja zurzeit wieder einmal verpflichtet, sich einschätzen zu lassen oder sich selbst einzuschätzen — wobei wohl jeder sich selbst möglichst gering „schätzt", die Steuerbehörde aber häufig mit einer derartigen finanziellen „Selbsterniedrigung" nicht sehr einverstanden zu sein scheint. Und dann geht das Ringen los. Besonders dann natürlich, wenn, wie heute in Deutschland, der Steuerdruck so unerträglich schwer ist. Und es ist ja zudem noch in Aussicht genommen, neue Lasten auf die Schultern der Steuerzahler zu legen. Da wächst die Bedrängnis, wächst natürlich auch die tiefe Abneigung nicht bloß gegen den „Fiskus" selbst, sondern wächst sich aus zu persönlichen Differenzen mit jenen, die die Diener dieses Fiskus' sind, gegen die Steuerbeamten also. Aus den verhaßten Finanzämtern werden die verhaßten Steuerbeamten, soweit diese in direktem Verkehr mit dem steuerzahlenden Bürger stehen müssen.

*

Erinnert sei an so manches bekannte Vorkommnis, das ja dann in Gerichtsprozessen zur Sprache kam, erinnert z. B. an einen Fall neuesten Datums, als ein Finanzamt in einer Stadt des Harzes angeblich einen Steuerzahler, der wegen der Kosten der akademischen Ausbildung seiner Söhne um Steuerherabsetzung ersuchte, die Antwort gegeben haben soll, er solle sich „in seiner Lebensführung die größten Beschränkungen auferlegen" — ein Fall, der viel Staub aufwirbelte und mißbilligend erörtert wurde, aber in den Einzelheiten sich als nicht zutreffend herausgestellt hat. Natürlich hat man sich in den Kreisen der Finanzbeamtenschaft sehr über diese Angriffe aufgeregt, unzweifelhaft mit Recht. Veranlassung gibt für diesen Fall wohl mehr die schematische, formularmäßige und in ihrem Wortlaut nicht gerade glückliche Antwort — also nicht das Verhalten des betreffenden Finanzbeamten, sondern — das System.

*

Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß es unter den über 90 000 Finanzbeamten allein des Reiches auch „schwarze Schafe" gibt, die unnötige oder verbitternde, wirtschaftlich bisweilen schwer schädigende Schärfen in die Durchführung der Besteuerung hineinbringen —, „Menschen, Menschen san mer alle," wie ein Wiener Kouplettdichter singt. Aber auf der andern Seite, bei den Steuerpflichtigen, gibt es doch auch „Sünder" genug, da — leider aber auch nur als Folge des schweren Steuerdrucks — in Deutschland ein erbitterter „Abwehrkampf" gegen das Steuersystem geführt wird, das übrigens ein sehr bekannter englischer Politiker als „ein System der Einkommens- und Vermögenskonfiskation, gemildert nur durch Steuerhinterziehung" bezeichnet hat. Und in der Regel ist doch der Verkehr zwischen dem Steuerzahler und „seinem" Finanzbeamten ein ruhiger, höflicher, entgegenkommender geworden — soweit das freilich möglich ist. Denn schließlich ist der Beamte doch nur Beauftragter, verpflichtet zur Durchführung von Bestimmungen, die zahllos sind wie der Sand am Meer, einander nicht gerade selten widersprechen, mit wirtschaftlichen Möglichkeiten kaum oder gar nicht zu vereinbaren sind. Aber: dafür kann doch der Steuerbeamte, das Finanzamt nichts. Der Fehler liegt anderswo, höher oben, oder in Verhältnissen, auf die die Steuerbehörde bis ganz oben hinauf gar keinen Einfluß hat. Da regnet es denn von seiten der Steuerpflichtigen Beschwerden, die teils berechtigt, teils unberechtigt sind, unberechtigt in der Regel aber dann, wenn sie ein Amt oder etwa einen bestimmten Finanzbeamten zum Zielpunkt haben. Auf beiden Seiten sollte man doch zweckmäßiger das Sachliche vom Persönlichen trennen.

*

Man muß auch einmal ein gutes Wort für die Steuerbeamten einlegen, die doch letzten Endes schuldlos sind an dem Druck, der auf dem deutschen Volk lastet; haben sie ihn doch auch mitzutragen. Täglich fast speit die Staatsmaschine neue Gesetze, neue Ausführungsbestimmungen, Verordnungen usw. auf ihre Schreibpulte und ein parlamentarischer Witz erzählt von dem Wort eines bekannten deutschen Finanzministers, der vor Jahren, gegen Ende der Inflationszeit, im Steuerausschuß des Reichstages geäußert hat, es gäbe in Deutschland überhaupt nur zwei Menschen, die das deutsche Steuersystem völlig beherrschen. Zwar ist manches, vieles besser geworden, aber schon die Bezeichnung als Steuer„system" beweist, daß es zwischen ihm und der unendlich mannigfaltigen Wirklichkeit der Menschen und Dinge zu fast naturnotwendigen Konflikten kommen muß. So ist es immer gewesen und wird so bleiben, nämlich solange es Menschen und — Steuern gibt.

Die Koalition in Preußen gescheitert

Koalitionsversuche.

Der nun schon allmählich den Charakter der dauernden Krise gewinnende Streit um die Bildung einer festen Regierung im Reich und in Preußen dreht sich bekanntlich hauptsächlich um die Frage, wie viele Ministersitze dem Zentrum im Reich und der Deutschen Volkspartei in Preußen eingeräumt werden sollen.

Am Mittwoch waren die preußischen Koalitionsverhandlungen wieder aufgenommen worden, und zwar unter führender Beteiligung des Ministerpräsidenten Braun durch eine Reihe von Einzelbesprechungen, deren wichtigste eine Unterhaltung Dr. Brauns mit dem Zentrumsparteiführer Dr. Kaas und dem preußischen Fraktionsführer Dr. Heß gewesen sein dürfte. Im Mittelpunkt der Besprechungen steht eine neue Kompromißidee des preußischen Ministerpräsidenten. Der Kompromißvorschlag für Preußen wollte den Versuch machen, den Anspruch der Deutschen Volkspartei auf zwei Ministersitze in Preußen zu erfüllen. Es wurde daran gedacht, einen der volksparteilichen Reichsminister zum preußischen Staatsminister ohne Portefeuille zu ernennen. Diese Doppelstellung als Minister im Reich und in Preußen ist dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zugedacht. Dem anderen volksparteilichen Minister sollte das preußische Handelsministerium zufallen.

Bereits im Jahre 1923 hat der damalige Reichskanzler Stresemann den Vorschlag einer engeren personellen Verbindung zwischen dem Reichskabinett und dem preußischen Kabinett gemacht. Damals handelte es sich allerdings um die Verbindung des Reichskanzlerpostens mit dem des preußischen Ministerpräsidenten.

Zurückhaltung der Volkspartei.

In einigen politischen Kreisen versprach man sich bereits viel von diesem Lösungsvorschlag. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, in der sie sich mit dem Kompromißvorschlag für den Eintritt in die preußische Regierung beschäftigte. Die Mehrheit der Fraktion war aber der Ansicht, daß der Kompromißvorschlag unzweckmäßig sei. Die Fraktion müsse an der Forderung nach zwei Fachministern festhalten. Später trat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gemeinsam mit den Führern der preußischen Fraktion zusammen, um sich ebenfalls mit der politischen Lage zu beschäftigen. Die Reichstagsfraktion nahm von der Haltung der preußischen Fraktion Kenntnis, hielt aber den grundsätzlichen Gedanken einer Verbindung zwischen preußischer und Reichsregierung für beachtlich und wert, weiterverfolgt zu werden. Es ist nach Meinung der volksparteilichen Berliner Presse infolgedessen anzunehmen, daß trotz der Ablehnung des bisherigen Kompromißvorschlages weitere Verhandlungen stattfinden.

*

Der Reichspräsident empfing den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zum Vortrag.

*

Gescheitert!

Berlin, 22. Februar. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages hielt heute eine Fraktionssitzung ab. Es wurde über den Stand der Koalitionsfrage berichtet. Ministerpräsident Braun hat die Ergebnisse an das Zentrum weitergeleitet. Sodann hat er, wie wir hören, im Landtag der Deutschen Volkspartei Mitteilung gemacht, womit seine Mission erledigt sei. Damit ist die Koalition endgültig gescheitert.

Keine neuen Steuern

Wichtige Beschlüsse der Deutschen Volkspartei

Berlin, 21. Februar. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung zur Frage der Gestaltung des Haushaltes folgenden, dem Reichskanzler sofort mitgeteilten Beschluß gefaßt:

1. Der Haushalt muß ohne neue Steuern ausgeglichen werden. Um dies zu erreichen, ist der Haushalt um rund 380 Millionen zu entlasten.

2. Von dieser Gesamtsumme sind rund 200 Millionen durch Abstriche im ordentlichen Haushalt 1929 zu ersparen.

3. Angesichts der Finanznot des Reiches und der Ueberlastung der Wirtschaft ist auch in Ländern und Gemeinden größte Sparsamkeit unabweisbar. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die den Ländern auf Grund bestehender Vorschriften zustehenden Beträge aus den Ueberweisungssteuern nicht nur um die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen, sondern um 300 Millionen gekürzt werden, zumal die Länder trotz dieser Kürzung noch immer erheblich mehr erhalten, als die ihnen gewährleistete Mindestsumme von 2600 Millionen.

4. Da eine Erhöhung der Realsteuern dem Zwecke der Ersparnismaßnahme widersprechen würde, so sind geeignete Vorkehrungen gegen solche Erhöhungen zu treffen.

5. Nicht nur aus steuerlichen, sondern vor allem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus fordern wir die steuerliche Gleichstellung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privatwirtschaft.

Zu diesen außerordentlich bemerkenswerten und weittragenden Beschlüssen verlautet noch, daß durch die Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand neue Mittel gewonnen werden sollen. Dem Reichskanzler werden die Etatposten im einzelnen namhaft gemacht, die die Volkspartei noch für entbehrlich hält.

Sparen, sparen!

Eine ernste Mahnung des Reichskanzlers

Berlin, 21. Februar. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen hört, hatte Reichskanzler Müller im Laufe des Donnerstag eine Besprechung mit Vertretern der hinter der Regierung stehenden Parteien. In dieser Besprechung wies der Reichskanzler auf die zahlreichen Anträge hin, die von den Regierungsparteien in der letzten Zeit dem Reichstage eingebracht worden seien, ohne daß die Parteien vorher untereinander Fühlung genommen hätten. Es handele sich vor allem um die Anträge auf dem Gebiet der Sozialpolitik, in denen neue Ausgaben gefordert würden, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftslage von der Reichsregierung nicht verantwortet werden könnten. Der Reichskanzler richtete eine ernste Mahnung zur Sparsamkeit an die Parteien. Wenn statt den Anträgen von den Parteien Entschließungen eingebracht würden, so werde die Regierung ernstlich prüfen müssen, wie die angenommenen Entschließungen verwirklicht werden könnten.

Die Parteien stimmten den Ausführungen des Reichskanzlers zu. Es wurde auch eine engere Fühlungnahme der Parteien untereinander angeregt. Koalitionsfragen wurden in dieser Besprechung nicht behandelt. Zu der Besprechung war auch ein Vertreter des Zentrums geladen, der aber nicht erschienen war und dann zu einer besonderen Besprechung vom Reichskanzler empfangen wurde.

Um den Transferschutz

Vor wichtigen Entscheidungen

Paris, 21. Februar. Die Sachverständigen haben im Laufe des Donnerstag keine Vollsitzung abgehalten. Am Vormittag fanden Einzelbesprechungen zwischen den fünf Mitgliedern des Unterausschusses statt. Am Nachmittag versammelte sich der Fünferausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung, um sich auf Grund der ihm erteilten Richtlinien über den weiteren Arbeitsplan der Konferenz zu einigen und ein festes Verhandlungsgerippe für die zukünftigen Beratungen aufzustellen, doch herrschte in den Abendstunden des Donnerstag der Eindruck vor, daß es im Fünferausschuß zu einer Einigung gekommen sei, die morgen die Vollversammlung beschäftigen dürfte. Bekanntlich herrschte schon vorher Einigkeit darüber, daß in den Mittelpunkt der Beratungen die Transferfähigkeit Deutschlands gerückt werden sollte. Die Aussprache drehte sich vielmehr um die Reihenfolge und die Auswahl der einzelnen Fragengruppen, von denen die Transferfähigkeit Deutschlands abhängt. Der deutsche Standpunkt ist bekannt. Er geht von der Auffassung aus, daß eine Besserung der Außenhandelsbilanz Voraussetzung für die regelmäßigen Zahlungen der Jahresraten sei. Die Besserungsmöglichkeit erblickt man in Deutschland im wesentlichen in der Steigerung der Ausfuhr, da die Ein-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF